

L AKTUELL

LINKSDRUCK

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

28./29. August 2013

NACH MINISTERPRÄSIDENTEN-WAHL

Weiterhin solidarisch und sozial



Staffelstab-Übergabe in Potsdam - bei Rot-Rot kam niemand ins Stolpern, die Mannschaft bleibt im Tritt, Regierung und Koalition halten klar Kurs auf ein solidarisches Brandenburg, auf ein Brandenburg der Regionen.

Matthias Platzeck, dem auch die Opposition nicht ganz den Respekt für seine politische Leistung versagen konnte, hat aus gesundheitlichen Gründen seine Ämter aufgegeben. Er ist nicht aus einem kranken oder gelähmten Land geflohen, wie es die Opposition glauben machen wollte.

Der Opposition passt die ganze Richtung nicht. Das war schon vor vier Jahren klar, jetzt aber wird es konkreter. Rot-Rot hat in den vergangenen vier Jahren Weichenstellungen vorgenommen, die unser Land nachhaltig verändern. Das Vergabegesetz - die Bindung öffentlicher Aufträge

an einen Mindestlohn von demnächst 8,50 Euro pro Stunde -, die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge, das Schüler-Bafög, unser Streben nach öffentlich geförderter Beschäftigung, der Resozialisierungsansatz im Strafvollzug als wichtiger Schritt zur Verhütung von Kriminalität, unsere Arbeit an einer ressortübergreifenden Nachhaltigkeitsstrategie - mit alledem haben wir Menschen zig tausendfach Lebenschancen eröffnet, Teilhabe und Selbstbestimmung gestärkt, Brandenburg freiheitlicher und stärker zukunftsorientiert gemacht. Für CDU und FDP ist das nicht sozial, sondern ideologisch - und deswegen von Nachteil für unser Land. Die Grünen werfen uns altbackene sozialdemokratische Politik aus dem vorigen Jahrhundert vor. Doch keiner dieser Vorwürfe sticht: Brandenburg steht heute in fast jeder Hinsicht

besser da als vor vier Jahren. Das ist nicht durch rückwärtsgewandte Politik erreicht worden, sondern durch die Verbindung von Gemeinsinn und Erneuerung. Diese Linie werden wir weiter verfolgen. Das hat auch der neue Ministerpräsident Dietmar Woidke in aller Deutlichkeit klargemacht. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihm.

Viel ist erreicht, aber viel liegt auch noch vor uns. Wir sind jetzt dabei, die nächsten Schritte, zum Beispiel zu einer nachhaltigen Industriepolitik, zur Umsetzung der Energiewende in Brandenburg, zur maßvollen Einführung von Gemeinschaftsschule und Inklusion vorzubereiten. Das tun wir gemeinsam mit den Bürger_innen, mit den Kommunen, mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft, mit allen Interessent_innen und Akteur_innen. Das ist bundesweit vorbildlich. Wir aber wissen: Akzeptanz und Beteiligung, Interessenausgleich und ein gemeinsames Bild von der Zukunft des Landes sind unverzichtbar, wenn die Vielfalt der Gesellschaft zunimmt.

Nicht alles freilich lässt sich aus eigener Kraft gestalten, oftmals kommt es auf die bundespolitischen Rahmenbedingungen an. Die wiederum hängen aber nicht allein vom Wahlausgang am 22. September, sondern auch von der heutigen und künftigen Stärke und Ausrichtung eines Bundeslandes wie Brandenburg ab.

Christian Görke
Fraktionsvorsitzender



DIE LINKE-Fraktionen von Brandenburg und Sachsen kooperieren

Hochwasserschutz, Verockerung von Gewässern als Bergbaufolge, aber auch der Solidarzuschlag („Soli“) - das sind Themen, die die Landtagsfraktionen der LINKEN in Brandenburg und Sachsen gemeinsam anpacken wollen. Dazu trafen sie sich Ende August in Schwarze Pumpe. Im traditionsreichen „Suhler Klubhaus“ wurden die ersten Sofortmaßnahmen gegen die unerwünschten Wasserverfärbungen politisch bilanziert. Gemeinsam

wollen die LINKE-Politiker darauf drängen, dass die in Sachsen liegenden Ursachen intensiver bekämpft werden. In Sachen Hochwasserschutz wollen die Sachsen die Organisation nach Brandenburger Vorbild forcieren. Gemeinsam sprach man sich erneut für eine bezahlbare Elementarschadens-Pflichtversicherung aus. Erhalten werden soll der „Soli“ - damit er geschwächten Regionen in Ost und West zugute kommen kann.



Energiewende konsequent und sozialökologisch: Stromsteuer runter!



Energiepolitik absurd: Während der Strompreis an der Börse sinkt, müssen die privaten Haushalte und kleine Unternehmen immer mehr zahlen. Gleichzeitig wird eine steigende Zahl von Unternehmen bei den Stromkosten privilegiert. Das ist schwarz-gelbe Energiepolitik auf Kosten der Bürger_innen - Niedrigverdiener und Hartz IV-Haushalte tragen die vollen Kosten, während Handelskonzerne und Golfplätze großzügige Rabatte erhalten.

Als Sofortmaßnahme gilt es, die Stromsteuer zu senken. Zugleich sind die Industrierabatte bei der Umlage für das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG), den Netzentgelten und anderen Kosten zu überprüfen und auf exportorientierte Unternehmen zu beschränken. Die Anzahl der Betriebsstätten, die im Jahr 2013 deutschlandweit von der Zahlung der EEG-Umlage weitgehend befreit werden, hat sich mit 2.245 mehr

als verdoppelt (2012: 979). Diese Befreiungen bedeuten gleichzeitig eine höhere Belastung für die privaten und kleineren gewerblichen Stromkunden.

Darüber hinaus muss der Mechanismus im EEG, dass durch ein vermehrtes Angebot von erneuerbaren Strom die Börsenpreise sinken, aber gleichzeitig die EEG-Umlage steigt, abgeschafft werden. Dann könnten die sinkenden Strompreise an der Börse auch bei den Endverbraucher_innen ankommen.

Regionen wie Brandenburg, die den Ausbau der Erneuerbaren Energien in den vergangenen Jahren mit großem Engagement vorangetrieben haben, bleiben bislang auf den Kosten des Netzausbaus sitzen. Deshalb fordern wir die bundesweite Umlage dieser Kosten.

René Kretzschmar
Sprecher für
Verbraucherschutz



Unser Standpunkt ist klar: Keine CCS-Technologie in Brandenburg

Der brandenburgische Landtag hat sich auf Initiative der rot-roten Koalition gegen jede unterirdische Speicherung von Kohlendioxid im Land Brandenburg ausgesprochen. Ausgenommen davon ist der bestehende Forschungsspeicher in Ketzin/Havel.

Damit wird die Position der rot-roten Landesregierung gestärkt und unterstützt. Bereits 2012 hatte sich diese gegen eine Speicherung ausgesprochen. DIE LINKE-Fraktion in Brandenburg hält die so genannte CCS-Technologie

(engl. Carbon Dioxide Capture and Storage, kurz CCS) im Rahmen der Braunkohleverstromung für falsch - wir lehnen diese ab.

Aktuell gibt es in Deutschland und insbesondere in Brandenburg kein Projekt, das eine Anwendung der Speichertechnologie in Aussicht stellt. Auch das im Land tätige Energieunternehmen Vattenfall hat seine Pläne für ein Demonstrationskraftwerk für CCS aufgegeben. Diese Pläne sind auch nicht mehr reaktivierbar. Mit der erneuten eindeutigen

Positionierung in der jüngsten Sitzung des Landesparlamentes sind in Brandenburg faktisch keine Vorhaben zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid realisierbar.

Thomas Domres
Sprecher für
Energiepolitik



NACHGEFRAGT

Landesgleichstellungs-Gesetz: Brandenburg bleibt am Puls der Zeit

Interview mit **Helga Böhnisch** · Sprecherin für Gleichstellungspolitik

» **Warum ist die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) notwendig?**

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes 1994 haben sich im Land viele einschneidende Veränderungen vollzogen. Insbesondere haben sich in der Frage der Herstellung der Chancengleichheit von Frauen positive Entwicklungen vollzogen. Dennoch zeigt sich, dass manche politisch gewollten Veränderungen nur langsam in die Realität umzusetzen sind, wenn sie nicht juristisch, d.h. per Gesetz, festgelegt sind. Insofern wird dieser Notwendigkeit jetzt entsprochen.

» **Welches wären aus Deiner Sicht die positivsten Änderungen am LGG?**

Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, sehe ich insbesondere in folgenden Punkten deutliche Verbesserungen: Die Landesgleichstellungsbeauftragte wäre nicht mehr an ein Ressort gebun-

den und unterstünde keinen Weisungen. Der § 19b Abs.1 würde so lauten: „Sie ist unabhängig und keinen Weisungen unterworfen.“ Durch die Einbeziehung der Unternehmen mit Landesbeteiligung würde der Geltungsbereich des Gesetzes und damit auch die Wirksamkeit für das Land bedeutend erweitert. Die Gremienregelung (Aufsichtsräte, Beiräte u.a.) wäre juristisch verbindlich geregelt. Die Rücksprache mit Vertreter_innen der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an den brandenburgischen Universitäten ergab, dass deren Forderungen fast 100%-ig umgesetzt würden.

» **Wird es in der weiteren Diskussion bis zur endgültigen Verabschiedung des Gesetzes noch weitere Änderungen am vorliegenden Gesetzentwurf geben?**

Dies wird die Debatte zeigen. Ich will darauf hinweisen, dass es im zuständigen

Ausschuss eine Anhörung von Betroffenen und Expert_innen vorgesehen ist. Möglicherweise treten hierbei noch weitere Aspekte zutage, die es zu bedenken gilt. Kritik wird es sicher zu der Frage geben, ab welcher Einwohnerzahl kommunale Gleichstellungsbeauftragte hauptamtlich einzusetzen sind.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass es notwendig war, dass Gleichstellungsgesetz auf seine Aktualität und auf seine Wirksamkeit hin zu überprüfen. Den vorliegenden Entwurf begrüße ich ausdrücklich. Ich bin sicher, dass das so novellierte Gesetz ein Schritt in die richtige Richtung ist und - wenn die Mehrheit es so beschließt - für weitere wichtige Verbesserungen in der Gleichstellung sorgen wird.



Kein öffentliches Geld für die Garnisonkirche



Nach einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Potsdam sollen keine städtischen Mittel für den Wiederaufbau der Garnisonkirche zur Verfügung gestellt werden. Die Bundesregierung hat nun angekündigt, dass 2014 und 2015 jeweils sechs Millionen Euro für den Wiederaufbau der Garnisonkirche zur Verfügung gestellt werden sollen. Daraufhin gibt es viel Unverständnis zu einem solchen Umgang mit öffentlichen Mitteln – zumal die von einigen erhofften privaten Spenden nur spärlich fließen. Dies war Anlass

für mich, die Landesregierung zu fragen, wie sie zum Einsatz öffentlicher Mittel beim Wiederaufbau der Garnisonkirche steht. Kulturministerin Prof. Sabine Kunst antwortete, dass keine Mittel des Landes Brandenburg in dieses Projekt fließen werden. Das trifft seitens der LINKEN auf Zustimmung, denn - anders als beim viel Engagement von Bürger_innen verbundenen Aufbau der Frauenkirche in Dresden - stößt das Projekt in Potsdam auf deutliche Distanz.

Obwohl es auf Bundesebene noch keinen vom Bundestag beschlossenen Haushalt für 2014 und 2015 geben kann, hat der Kulturstaatsminister seine Zusagen in dieser erheblichen Größenordnung schon getroffen - sicher eine ausgezeichnete CDU-Wahlkampfhilfe. Die Landeshauptstadt Potsdam hätte diese Millionen dringend beim Wohnungsbau oder bei der Schul- und Kitasanierung benötigt. Genau dort sehen wir unsere Prioritäten.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Wahlkreisabgeordneter für Potsdam



Danke, Lothar Bisky



Zahlreiche Besucher_innen haben den am 13. August verstorbenen Prof. Dr. Lothar Bisky, u.a. ehemaliger Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, gewürdigt: Sie trugen sich in das Kondolenzbuch ein, das die Fraktion für einen Tag des Gedenkens ausgelegt hatte. Unter anderem waren auch der scheidende Ministerpräsident Matthias Platzeck und sein nun amtierender Nachfolger Dietmar Woidke erschienen. Im Online-Kondolenzbuch der Partei DIE LINKE sind weiterhin Einträge möglich.

Am 14. September um 11.00 Uhr wird in der Volksbühne Berlin am Rosa-Luxemburg-Platz eine große öffentliche Gedenkveranstaltung für Lothar Bisky stattfinden.

Diskussion zur Geschlossenen Unterbringung

DIE LINKE-Fraktion befasst sich weiterhin intensiv mit den Heimen der Haasenburg GmbH. Auslöser der Debatte waren Vorwürfe einiger dort untergebrachter Jugendlicher, die von Leibesvisitationen über Isolation bis hin zu Fixierung reichen. Die Haasenburg GmbH selbst versteht sich als Kinder-, Jugend- und Elternzentrum, in denen Erziehung durch Hilfestellung ermöglicht wird. Sie verspricht „persönliche Zugewandtheit“ und „intensive Betreuung“. Vor dem Hintergrund dieser Widersprüche veranstaltete unsere Fraktion Anfang August ein Fachgespräch. Dabei stand nicht die Haasenburg GmbH im Vordergrund, sondern die Form der geschlossenen Unterbringung als solche. DIE LINKE spricht sich deutlich gegen diese Unterbringungsform in Jugendhilfeeinrichtungen aus und fordert die zeitnahe Entwicklung von Alternativen. Im Fachgespräch erörterte dazu Prof. Friedhelm Peters von der Fachhochschule Erfurt die Problematik aus seiner Sicht.

Er wies darauf hin, dass die geschlossene Unterbringung „rechtlich umstritten und erzieherisch kontraproduktiv“ und zudem deren Wirksamkeit keinesfalls erwiesen sei. Die Haasenburg GmbH bilde dabei nur die „Spitze des Eisbergs“. Geschlossene Unterbringung berge ein hohes Potenzial an Machtmissbrauch des Personals gegenüber den anvertrauten Kindern und Jugendlichen. Ein weiteres Fachgespräch zu diesem Thema ist in Kooperation mit der Hamburger und der Bundestagsfraktion der LINKEN geplant. Ziel unserer Fraktion ist es, über den Weg einer breit angelegten öffentlichen Diskussion ein Umdenken der Verantwortlichen zu erwirken, damit eine geschlossene Unterbringung nicht länger als alternativlos, sondern als schlichtweg inakzeptabel angesehen wird.

Torsten Krause
Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik



Die Schubkraft bleibt



DIE LINKE-Fraktion hat Matthias Platzeck für seine langjährige Arbeit als Ministerpräsident gedankt. Zugleich sorgte sie für einen Ausblick auf Künftiges: Das große Grundstück des MP a.D. in der Uckermark will beachert werden. Dafür überreichte Christian Görke stabile Helfer: Schubkarre, Grabegabel, Schaufel und Spaten!

Märkische Mücke

Von der größten Oppositionspartei kann man eigentlich erwarten, dass sie auch einen Beitrag für die weitere positive Entwicklung des Landes leistet. Doch was präsentiert sie uns im Landtag? Sie bringt einen Antrag „Mückenplage eindämmen und rechtzeitig geeignete Maßnahmen gegen Mückenlarven ergreifen“ ein. Keine Kommune hat nach einer Bekämpfung des Insekts gerufen, denn im Gegensatz zu anderen Regionen Deutschlands gehört sie hier quasi zum Inventar. Die CDU stellt sich an die Spitze einer Bewegung, die es gar nicht gibt. Ein Zeichen von gestörter Wahrnehmung? Und weil es so schön ist, wird nun das Land aufgefordert, Bekämpfungsgebiete zu benennen (es geht um großflächigen Biozideinsatz) und eine Bekämpfungsstrategie zu erarbeiten. Wirklich toll, wie die CDU derart die Mücke zum Elefanten machen muss, um noch Themen für den Landtag zu finden. Empfehlenswert wäre ein Antrag zur Bekämpfung der Flöhe – wir hören sie schon husten.

Dr. Michael-E. Luthardt
Sprecher für Agrarwirtschaft und ländliche Entwicklung



Initiativen der Fraktionen DIE LINKE und SPD

◀ **Entschließungsantrag** zu TOP 5 der 80. Sitzung des Landtages Brandenburg am Donnerstag, dem 29. August 2013, „Gesetz zur Regelung der Kohlendioxid-Speicherung in Brandenburg (KSpGBrbg)“
Keine Speicherung von CO₂ in Brandenburg
Drucksache 5/7843 · angenommen

Internet-Tipp: Die Anträge und Debatten im Parlament als Videos:
www.rbb-online.de/imparlament/index.html

KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:
L nach dem Lesen weiterreichen!



Die Fraktion bei Facebook:
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8 · 14473 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE

Sven Rosig (Leitung)
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 05
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Liebe
FOTOS Titel (Gratulation): DIE LINKE LTF BRB/Liebe, Konferenz: DIE LINKE LTF BRB/Janson, Sicherungskasten: DIE LINKE LTF BRB/Rosig, Baustelle Garnisonkirche: DIE LINKE LTF BRB/Rosig, Kondolenzraum L. Bisky; DIE LINKE LTF BRB/Rosig, Schubkarren-Szene: DIE LINKE LTF BRB/Rosig

AUFLAGE

10 000 Stück

DRUCK

Gieselmann Druck und Medienhaus,
Potsdam-Rehbrücke

V.I.S.D.P.

Thomas Domres (Mdl)

Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen und
direkt zur Internetpräsenz
der Fraktion gelangen

